Einzureichen an:

Investitionsbank Sachsen-Anhalt
Gesundheit, Sport und Kultur
Domplatz 12
39104 Magdeburg

Ich/Wir beantrage(n) bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt (IB) die Gewährung eines Zuschusses aus dem Programm

LEADER - Kooperationsvorhaben

gemäß der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Umsetzung sowie über die Verfahrensgrundsätze von LEADER in Sachsen-Anhalt (Richtlinie LEADER 2023 – 2027)

FP 8705

Dieser Antrag betrifft

☐ die erstmalige Antragstellung für das Vorhaben

☐ die Änderung eines bislang nicht bewilligten Antrages

☐ die Änderung eines durch Zuwendungsbescheid bewilligten Antrages

1. ANGABEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

1.1 Allgemeine Angaben

EU-Betriebsnummer (BNRZD, 12stellig)

Name/Firma (ggf. lt. Handelsregister/Vereinsregister)

Straße, Hausnummer

PLZ | Ort

1.2 Ansprechpartner zum Antrag (sofern zutreffend)

Ansprechpartner zum Antrag (Name, Vorname) | Vorwahl/Rufnummer/Fax

E-Mail

SACHSEN-ANHALT

Kofinanziert von der Europäischen Union

1.3 Antragstellerstammdaten

Hinweis: Das Formular „Antragstellerstammdaten“ ist einmalig im Kalenderjahr mit dem ersten Antrag (auch Änderungsantrag) für Fördervorhaben des EGFL oder ELER einzureichen.

☐ Das aktuell gültige Formular „Antragstellerstammdaten“ ist beigefügt.

☐ Das aktuell gültige Formular „Antragstellerstammdaten“ wurde bereits eingereicht.

1.4 Bezeichnung der Lokalen Aktionsgruppe (LAG)

Die Projektförderung wird beantragt für gebietsübergreifende und transnationale Kooperationsvorhaben der folgenden LAG.

LAG

2. KURZANGABEN ZUM VORHABEN

2.1 Ort des Vorhabens

Straße, Hausnummer		
PLZ	Ort	ggf. Ortsteil
Sonstige Angaben (falls erforderlich, z.B. GBS, Flur, Flustück, o.ä.)		

2.2 Vorhabensbezeichnung

Titel des Vorhabens

2.3 Ziel der Kooperation

Ziel der Kooperation

2.4 Fördergegenstand

☐ Gebietsübergreifende Anbahnung

☐ Transnationale Anbahnung

☐ Vorbereitung und Durchführung der Kooperationsvorhaben

☐ Externes Projektmanagement

2.5 Kooperationspartner

Sofern mehr Kooperationspartner beteiligt sind, fügen Sie dem Antrag eine gesonderte Anlage mit diesen Kooperationspartnern bei.

Kooperationspartner 1
Kooperationspartner 2
Kooperationspartner 3
Federführender Kooperationspartner (nur bei Vorbereitung und Durchführung der Vorhaben)

2.6 geplante zeitliche Dauer

Beginn des Vorhabens	Tag/Monat/Jahr	geplantes Ende des Vorhabens	Tag/Monat/Jahr

2.7 Beschreibung des Vorhabens

(z. B. Beschreibung des Ist-Zustandes, welche Ziele sollen erreicht werden, welche Wirkungen sind zu erwarten, Angaben zum Zeitplan, Dringlichkeit, Konzeption, ggf. Verbindung zu anderen Vorhaben. Sofern der Platz nicht ausreicht, fügen Sie dem Antrag eine gesonderte Anlage bei.)

2.8 Für <u>dieses</u> Vorhaben wird/wurde eine andere öffentliche Förderung beantragt/gewährt

☐ nein ☐ ja, beantragt ☐ ja, erhalten

wenn ja:

andere öffentliche Förderung Datum und Betrag in Euro

Bewilligungsbehörde/ Aktenzeichen	beantragte Zuwendung aber nicht entschieden	bewilligte Zuwendung	ausgezahlte Zuwendung

2.9 Anzahl der teilnehmenden Kooperationspartner

Anzahl der teilnehmenden LAG		
Anzahl der Kooperationspartner	Andere Akteure	
	In ländlichen Räumen in den Mitgliedsstaaten der EU	
	In nicht-ländlichen Räumen in den Mitgliedsstaaten der EU	
	In ländlichen Gebieten außerhalb der EU	

2.10 Angabe zu Indikatoren

Wachstum und Beschäftigung

Nach Abschluss des Vorhabens werden Arbeitsplätze geschaffen (geplant) ☐ ja ☐ nein

Wenn ja: Anzahl der Arbeitsplätze (Anzahl beschäftigter Personen einschließlich Antragsteller)

Zum Antragzeitpunkt:	Insgesamt*	Unter Berücksichtigung des Vorhabens:	Insgesamt*

*bitte Teilzeitarbeitsplätze in Vollzeitarbeitsplätze umrechnen

3. AUSGABEN- UND FINANZIERUNGSPLAN

3.1 Angaben zur Umsatzsteuer

Ich/Wir beantrage/n, dass die Umsatzsteuer als zuwendungsfähige Ausgabe berücksichtigt wird.[1] ☐ nein ☐ ja

Wenn ja (Bruttoförderung):

☐ Die für die Eingangsleistungen[2] des geförderten Vorhabens in Rechnung gestellte Umsatzsteuer kann/können ich/wir nach § 15 UStG als Vorsteuer abziehen oder ich/wir verwende/n die Eingangsleistungen des geförderten Vorhabens in einem land- und forstwirtschaftlichen Betrieb, für den ich die Durchschnittssatzbesteuerung (§ 24 UStG) anwende/n. (Ausgaben unter 3.2. dieses Antrags als Nettoangaben (ohne Umsatzsteuer) erfassen)

☐ Die für die Eingangsleistungen des geförderten Vorhabens in Rechnung gestellte Umsatzsteuer kann/können ich/wir nicht nach § 15 UStG als Vorsteuer abziehen und verwende/n die Eingangsleistungen des geförderten Vorhabens auch nicht in einem land- und forstwirtschaftlichen Betrieb, für den ich/wir die Durchschnittssatzbesteuerung (§ 24 UStG) anwende/n. Ausgaben unter 3.2 dieses Antrags als Bruttoangaben (mit Umsatzsteuer) erfassen.

Hinweis: das „Formular zur Bescheinigung des Steuerstatus“ bei einem Fördervorhaben auszufüllen und zusammen mit den entsprechenden Unterlagen an das für den Antragsteller zuständige Finanzamt zu übersenden.

☐ Die erteilte Bescheinigung des zuständigen Finanzamtes ist als Anlage beigefügt.

☐ Die erteilte Bescheinigung des zuständigen Finanzamtes wird nachgereicht.

3.2 Geplante Ausgaben (in Euro)

Zuwendungsfähige Ausgaben	
Nicht zuwendungsfähige Ausgaben	
Summe der Ausgaben	0,00

3.3 Finanzierung der Ausgaben (in Euro)

Eigenmittel (bitte bezeichnen)

Zweckgebundene Spenden	
Beantragte Zuwendung	

Fremdmittel

Weitere Fördermittel aus öffentlichen Mitteln und/oder sonstige öffentliche Finanzierungshilfen (bitte bezeichnen)

Sonstige Fremdmittel (bitte bezeichnen)

Summe der Finanzierungsmittel	0,00

[1] Die Umsatzsteuer kann als zuwendungsfähige Ausgabe nur berücksichtigt werden, wenn der Antragsteller für das Vorhaben weder nach § 15 UStG vorsteuerabzugsberechtigt ist noch die Durchschnittssatzbesteuerung anwendet. Der Antragsteller muss die Umsatzsteuer endgültig tragen.

[2] Eingangsleistungen sind alle Leistungen, die der Unternehmer für sein Unternehmen erhält. Hierbei kann es sich z. B. um Wareneinkäufe und um bezogene Dienstleistungen handeln. Werden diese Leistungen von einem anderen Unternehmer mit Umsatzsteuer bezogen, kann der die Leistungen empfangende Unternehmer die in der Rechnung ausgewiesene Umsatzsteuer als Vorsteuer abziehen.

3.4 Aufteilung mehrjähriger Maßnahmen (in Euro)

Hinweis: Sofern zutreffend, Betrag und Jahr einer möglichen Vorschusszahlung angeben/berücksichtigen.

Jahr		geplante Gesamtausgaben	beantragte Zuwendung
20			
20			
Summe		0,00	0,00

4. DEM ANTRAG BEIZUFÜGENDE UNTERLAGEN

Diesem Antrag sind folgende Anlagen beigefügt.

- ☐ a) Antragstellerstammdatenbogen (sofern zutreffend)
- ☐ b) von allen beteiligten Partnern unterschriebene Absichtserklärung „Letter of Intent“ (bei Anbahnung)
- ☐ c) von allen beteiligten Kooperationspartnern unterschriebene Kooperationsvereinbarung (bei Vorbereitung und Durchführung von Vorhaben)
- ☐ d) Bestätigung/Nachweis der Auswahlentscheidung der LAG zum Vorhaben
- ☐ e) Beschlüsse aller aus Sachsen-Anhalt beteiligten LAG in Kopie
- ☐ f) Kosten- und Finanzierungsplan des Gesamtprojektes einschließlich einer Übersicht der Kostenaufteilung des Vorhabens zwischen den beteiligen Partnern
- ☐ g) Kostenaufstellung für das Vorhaben, Angebote, ggf. Kostenvoranschläge
- ☐ h) Kostenschätzung für ein externes Projektmanagement
- ☐ i) Ausschreibungsunterlagen für den Einsatz eines externen Projektmanagements (soweit bereits vorliegend)
- ☐ j) Bei kommunalen Antragstellern mit Investitionsvorhaben ab einer Zuwendung i. H. v. 25.000 EUR: Kommunalaufsichtliche Stellungnahme (Gemeinden, Gemeindeverbände und kommunale Zweckverbände) (IB-Formblatt)
- ☐ k) Nachweis der Eigenmittel
- ☐ l) Kopien der Bescheide oder Fördermittelzusagen von Dritten
- ☐ m) Bei Gruppen aus lokalen öffentlichen und privaten Partnern, die eine lokale Entwicklungsstrategie umsetzen: Nachweise, Konzepte (z. B. bei Regionen Integrierter Ländlicher Entwicklung Bewilligungen)
- ☐ n) Bei Gruppen aus lokalen öffentlichen und privaten Partnern außerhalb der EU: Nachweis über ländliches Gebiet (z. B. Kartenmaterial über die land- und forstwirtschaftliche Nutzung)
- ☐ o) Registrierung (z. B. Handelsregister, Vereinsregister)
- ☐ p) Satzung/Gesellschaftsvertrag
- ☐ q) Nachweis der Gemeinnützigkeit bei Vereinen, Verbänden, anderen gemeinnützigen Antragstellern (letzter vorliegender Körperschaftssteuerbescheid)
- ☐ r) Bei Unternehmen des privaten Rechts: Gewinn- und Verlustrechnung
- ☐ s) De-minimis-Erklärung (IB-Formblatt)
- ☐ t) Bei Bruttoförderung: Nachweis Vorsteuerabzugsberechtigung (Bescheinigung des zuständigen Finanzamtes)
- ☐ u) Erklärung zur Einordnung als öffentlicher Auftraggeber (IB-Formblatt)
- ☐ v) Erklärung zur Vergabe von Aufträgen (IB-Formblatt)

☐ w) Erklärung eines Unternehmens in Schwierigkeiten (IB-Formblatt)

5. ERKLÄRUNGEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

Ich/Wir erkläre(n):

a) Mir/Uns sind die geltenden Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Umsetzung sowie über die Verfahrensgrundsätze von LEADER in Sachsen-Anhalt (Richtlinie LEADER 2023-2027, RdErl. des MF vom 1. März 2024 – 46840, MBl LSA 10/175ff) und die sich daraus ergebenden Voraussetzungen für eine Bewilligung bekannt. Mir/Uns ist bekannt, dass ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung nicht besteht, und dass ich/wir im Falle einer Bewilligung die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen für nicht flächen- und nicht tierbezogene Vorhaben des ELER und EGFL im Rahmen der Umsetzung des GAP-Strategieplans für die Bundesrepublik Deutschland des Landes Sachsen-Anhalt (ANBest-GAP) sowie besondere für dieses Förderprogramm geltende Pflichten zu beachten habe(n). Die Regelungen aus den o. g. Richtlinien sowie den ANBest-GAP werden anerkannt.

b) Mit dem im Antrag dargestellten Vorhaben habe(n) ich/ wir noch nicht begonnen und werde(n) auch nicht vor Erhalt des Zuwendungsbescheides beginnen, es sei denn, ich/ wir erhalte(n) auf Antrag eine schriftliche Genehmigung zum vorzeitigen Vorhabensbeginn. Mir/ uns ist bekannt, dass als Vorhabensbeginn grundsätzlich bereits der verbindliche Abschluss eines Lieferungs- oder Leistungsvertrages im Zusammenhang mit dem Vorhaben anzusehen ist.
Für vollständige Anträge aller Vorhabensträger aus Sachsen-Anhalt, die ein Vorhaben einer bundesländerübergreifenden Zusammenarbeit nach Teil 2 Abschnitt 5 der Richtlinie LEADER 2023-2027 zum Gegenstand haben gilt der vorzeitige Maßnahmenbeginn als erteilt.

c) Die Gesamtfinanzierung des Vorhabens ist unter Einbeziehung des beantragten Zuschusses gesichert.

d) Ich bin/Wir sind zahlungsfähig, und gegen mich/uns steht ein (Verbraucher-) Insolvenzverfahren nicht unmittelbar bevor und ist nicht beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt worden. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, unverzüglich der IB mitzuteilen, wenn bis zur Bewilligung dieses Antrages ein Insolvenzverfahren unmittelbar bevorstehen sollte, beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt wird.

e) Ich versichere/Wir versichern, dass bei Vorliegen einer Vorsteuerabzugsberechtigung nach § 15 Umsatzsteuergesetz (UStG) die angegebenen Ausgaben keine Umsatzsteueranteile enthalten.

f) Ich/Wir gewährleiste(n) eine projektbezogene Einzelabrechnung der Einnahmen und Ausgaben sowie deren Unterscheidung vom üblichen Geschäftsverkehr. In den angegebenen Ausgaben sind innerbetriebliche Umlagen nicht enthalten.

g) Ich/Wir werde(n) das Vorhaben nicht im Auftrag oder auf Rechnung Dritter durchführen.

h) Für das Vorhaben wurden und werden bei anderen Stellen keine weiteren öffentlichen Förderungen oder Finanzierungshilfen über die im Finanzierungsplan (Ziffer 3.3 dieses Antrages) angegebenen öffentlichen Mittel bzw. Finanzierungshilfen hinaus beantragt.

i) Ich erkläre/Wir erklären, dass uns der inhalt des Merkblatts Vergabe für private und öffentliche Antragsteller im Rahmen von ELER/EGFL-Förderprojekten (siehe auch www.elaisa.sachsen-anhalt.de, Stichwort Investitionsförderung/Formulare/ Informationen) bekannt ist.

j) Ich erkläre/Wir erklären, dass uns der inhalt des Merkblatts für Beihilfen in Ergänzung der Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Umsetzung sowie über die Verfahrensgrundsätze von LEADER in Sachsen-Anhalt bekannt ist.

k) Mir/Uns ist bekannt, dass das Formular „Antragstellerstammdaten für Beihilfen, Prämien und Fördermaßnahmen, die aus dem EGFL/ELER finanziert oder mit dem Zahlstellenverfahren durchgeführt werden“, einschließlich seiner erforderlichen Anlagen unverzichtbarer Bestandteil des Förderantrags ist und Änderungen der Antragstellerstammdaten und des Förderantrags unverzüglich bei der zuständigen Behörde anzuzeigen sind

l) Ich versichere/Wir versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der von mir/uns gemachten Angaben im Antrag sowie in den beigefügten Anlagen/Unterlagen. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, die IB unverzüglich zu informieren, wenn Änderungen gegenüber diesen Angaben eintreten.

m) Mir/Uns ist bekannt, dass die IB berechtigt ist, weitere Angaben und Unterlagen anzufordern, soweit diese für die Entscheidung erforderlich sind. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, alle noch zur Bearbeitung dieses Antrages erforderlichen Unterlagen/Informationen/Auskünfte zu erbringen/zu erteilen. Sollten im Rahmen der Antragsbearbeitung Prüfungen an Ort und Stelle für notwendig gehalten werden, so erkläre(n) ich/wir mich/uns damit einverstanden.

n) Ich/Wir erkenne(n) an, dass die IB berechtigt ist, Stellungnahmen anderer Stellen für die Beurteilung der/des Antragstellenden einzuholen. Zu diesem Zweck befreie(n) ich/wir Verbände, Kammern sowie Behörden von ihren Verschwiegenheitspflichten.

o) Mir/Uns ist bekannt, dass die IB verpflichtet ist, den Finanzbehörden bestimmte Angaben zur Förderung, insbesondere die Höhe der ab 01.01.2024 gewährten Zahlungen, gemäß § 2 der Verordnung über Mitteilungen an die Finanzbehörden durch andere Behörden und Rundfunkanstalten (Mitteilungsverordnung) vom 07.09.1993 (BGBl. I S. 1554) in der jeweiligen Fassung, zu übermitteln.

p) Ich/Wir entbinde(n) die Finanzbehörden gegenüber der IB von der Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses (§ 30 Abgabenordnung). Ich/Wir gebe(n) hiermit mein/unser Einverständnis, dass die von der IB im Bedarfsfall von den Finanzbehörden erhobenen Daten an die Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet werden können, wenn Anhaltspunkte für ein strafrechtlich relevantes Verhalten vorliegen; insoweit befreie(n) ich/wir die IB ebenfalls von ihrer Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses.

☐ Ja ☐ Nein

q) **Belehrung über die Strafbarkeit des Subventionsbetrugs**: Mir/Uns ist bekannt, dass es sich bei den beantragten Fördermitteln um eine Subvention handelt, auf die § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) und gemäß § 1 des Subventionsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (SubvG-LSA vom 09.10.1992, GVBl. S. 724) die §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (SubvG, Bundesgesetzblatt (BGBl.) 1976, Teil I, S. 2037 f.) Anwendung finden. Gemäß § 3 SubvG besteht die Verpflichtung, unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind. Subventionserhebliche Tatsachen im Sinne dieser Vorschriften sind die Angaben bzw. Erklärungen zu den Buchstaben a), b), c), d), e), f), g), h), i), j), k) und l) dieses Antrages und die Angaben in den gemäß Ziffern 4a), b), c), d), e), f), g), h), i), j), k), l), m), n), o), p), q), r), s), t), u) und w) beizufügenden Unterlagen.
Subventionserheblich sind ferner solche Tatsachen, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der beantragten Zuwendung (§ 4 SubvG).

6. EINWILLIGUNG IN DIE VERARBEITUNG UND VERÖFFENTLICHUNG PERSONENBEZOGENER DATEN

6.1 Veröffentlichung

Uns/Mir ist bekannt, dass mein/unser Vorhaben mit vorhabenrelevanten Daten gemäß Artikel 111 ff. der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013, Artikel 57 ff. der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2014, Artikel 98 ff. der Verordnung (EU) 2021/2116, Artikel 58 ff. der Durchführungsverordnung (EU) 2022/128 veröffentlicht wird. Im Übrigen wird auf die Ausführungen im Formular „Antragstellerstammdaten“ verwiesen, welches auf ELAISA bereitgestellt wird.

6.2 Hinweise zur Datennutzung

Mir/uns ist bekannt, dass die im Antrag geforderten Angaben zum Antragsteller zur Bearbeitung des Förderantrages notwendig sind.

Außerdem ist mir/uns bekannt, dass die im Antrag (einschließlich Anlagen) gemachten Angaben zur Abwicklung der Förderung bei der IB verarbeitet sowie an die mit der Durchführung und Kontrolle der Förderung befassten Institutionen des Landes, des Bundes und der Europäischen Union übermittelt und von diesen verarbeitet werden können..

Im Übrigen wird auf die Ausführungen im Formular „Antragstellerstammdaten“ verwiesen, welches auf ELAISA bereitgestellt wird.

UNTERSCHRIFT(EN) DER/DES ANTRAGSTELLENDEN/BEVOLLMÄCHTIGTEN

Ort, Datum	**Unterschrift** (Stempel, sofern relevant)
Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)	
Ort, Datum	**Unterschrift** (Stempel, sofern relevant)
Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)	